

PATIENTEN-INFORMATION ZUM WARNSTREIK AM 08. MÄRZ 2005

Die Folgen der Mogelpackung „42-h-Woche“ betreffen auch SIE!

Die Ärztinnen und Ärzte am Universitätsklinikum Marburg befürchten:

- ☹ Noch weniger Zeit für die Betreuung der Patienten wegen Arbeitsplatzabbau und dadurch zunehmende Arbeitsbelastung der verbleibenden Ärztinnen und Ärzte
- ☹ Qualitätsverschlechterung der medizinischen Versorgung wegen Überlastung der Ärztinnen und Ärzte
- ☹ Weitere Verschärfung der Problematik durch Privatisierung des Klinikums

Wir fordern:

- ☺ Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen auf Basis des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst und Erhalt der 38.5-h-Woche
- ☺ Tarifliche Sicherstellung adäquater Arbeits- und Entlohnungsbedingungen

Die Ärzte und Ärztinnen des Klinikums der Philipps-Universität Marburg sichern Ihre medizinische Versorgung auf hohem Niveau 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr. Allerdings hat das Land Hessen bestehende Tarifverträge für Landesbedienstete einseitig gekündigt und ist aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) ausgetreten. Für neu eingestellte Ärztinnen und Ärzte sowie für Kolleginnen und Kollegen, deren befristete Verträge verlängert werden, ist dadurch die Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 42 Stunden angehoben worden. Das führt zu einer nicht vergüteten Verlängerung der Regelarbeitszeit bei gleichzeitigem Wegfall des Urlaubsgeldes und einer Reduktion der Weihnachtsspendung auf 60%. Die Verlängerung der Regelarbeitszeit auf 42-h/Woche bedeutet nicht, dass Ärztinnen und Ärzte mehr Zeit für Patienten haben. Das Gegenteil wird der Fall sein: Da die Ärztinnen und Ärzte ohnehin durchschnittlich 60 Stunden/Woche arbeiten, machen sie zukünftig formal weniger Überstunden. Wir befürchten dadurch den Wegfall von Arbeitsplätzen bei zunehmender Arbeitsdichte und somit noch mehr Arbeit für immer weniger Ärzte. All dies geht zu Lasten Ihrer Versorgung. Das Land Hessen kann keine Tarifabsenkung und Tarifflicht betreiben, wenn gleichzeitig Bund und Gemeinden den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) reformiert haben (TVöD). Dies führt im Ergebnis dazu, dass Ärztinnen und Ärzte an den hessischen Universitätskliniken nach dem Willen der Landesregierung „Spitzenmedizin“ erbringen und gleichzeitig Forschung und Lehre gewährleisten sollen, ihnen jedoch im Gegenzug schlechtere Arbeitsbedingungen als in Kreiskrankenhäusern geboten werden. Gleichzeitig erbringen Ärztinnen und Ärzte unbezahlte Überstunden in extremer Zahl und subventionieren dadurch Krankenversorgung, Forschung und Lehre. Die Klinikärztergewerkschaft **Marburger Bund** hat das Land Hessen bisher erfolglos zu Tarifverhandlungen aufgefordert, weshalb jetzt gestreikt werden muss.

Daher bitten wir Sie um Verständnis für unseren Protest.

V.i.S.d.P.: **Marburger Bund Hessen**, GF RA Udo Rein, Praunheimer Landstraße 32, 60488 Frankfurt am Main